

**Guten Morgen, liebe Leser!**

# Argumente bleiben auf der Strecke

Auf einem Cartoon-Kanal erzählt eine Zeichentrickfigur von rückwärts laufenden Schallplatten mit teuflischen Botschaften. Diese Geschichten überleben selbst das digitale Zeitalter. Wer kommt denn auf die bekloppte Idee, in rückwärts laufenden Songs nach teuflischen Botschaften zu suchen? In manchen Fällen – denken Sie an die Scorpions oder an DJ Ötzi – ist es ohnehin schlimmer, die Lieder ganz normal vorwärts laufen zu lassen. In einer TV-Seifenoper bestellt ein junger Mann an der Wurstbude »Pommes mit ohne beides«. Leider folgt ein Kameraschwenk, keine Ahnung, was da auf dem Teller landete. Dann folgt Vulgärsprache. »Die muss man mal durchknallen«, sagt ein Rocker. Mich erinnert das an einen Dialog aus »Two and a half man« zwischen Vater und Sohn: »Können wir bitte etwas anderes sagen außer »geknallt?« »Können wir, aber das wird dir nicht gefallen.« Was vulgär klingt, ist eben eine Frage der Perspektive. Gegen die Verrohung der Sprache hilft nur Erziehung. Im Kinofilm »Die Zeitmaschine« von 2002 macht ein im Jahr 2030 angesiedelter Lehrer einem Schüler, der aus der Reihe tanzt, eine Ansage: »Mach das noch mal, und ich ändere die Struktur deiner DNS!« Das ist vermutlich wirkungsvoller als ein lahmes »Du kannst dir dein Handy nach der Stunde abholen«. Am Ende des TV-Zappens stoße ich doch noch auf ein glaubhaftes Programm: Bei »Naked Attraction« beguckten junge Leute die nackten Körper anderer junger Leute, wählen ein Date aus und schicken die anderen Kandidaten nach Hause. Ein junger Mann, der ausscheidet, sagt: »Ich weiß nicht, woran es gelegen hat, es kann eine Kleinigkeit gewesen sein.« Dann dreht er sich um und die Kamera zoomt auf sein Geschlechtsteil. So viel Wahrhaftigkeit hätte ich nicht erwartet. ju

Zwar sieht der Demeter-Landwirt Moritz Schäfer aus Hopfgarten die aktuellen Bauernproteste kritisch, unterstützt aber die zentralen Forderungen. Als Mitglied der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) vertritt er einen anderen Blickwinkel.

VON CHRISTIAN DICKEL

Die derzeitigen Protestaktionen sorgen für eine hohe mediale Aufmerksamkeit, versperren aber teilweise den Blick auf das Wesentliche, ist Schäfer überzeugt. Aus seiner Sicht geraten die eigentlichen Forderungen und die vielfältigen Herausforderungen für die Branche aus dem Blickwinkel. Daher war für ihn und auch die AbL im Vorhinein klar, dass sie nicht zu den Protesten aufrufen werden. Obwohl Schäfer die Wut seiner Kollegen nachvollziehen kann, möchte er den Themenkomplex differenziert betrachten. Die beiden zentralen Forderungen des Bauernverbandes, Rücknahme des Aufhebens der Agrardiesel-Vergünstigung und Bestehenbleiben der Kfz-Steuerbefreiung für Landmaschinen, hält er für absolut richtig. Aber um diese sei es bei den Protestaktionen nur noch am Rande gegangen. Stattdessen hätten Slogans wie »Die Ampel muss weg« das Bild geprägt. Insbesondere dass verschiedenste Strömungen den Protest für ihre eigene Sache nutzen wollten, störe ihn. Nicht nur bei der Großkundgebung in Berlin seien fragwürdige Organisationen wie »die freien Bauern« vertreten gewesen. Ähnlich sei es in Alsfeld und Lauterbach bei den privat organisierten Demonstrationen gewesen, wo vor allem allgemeiner Unmut und nicht die Forderungen der Landwirte auf die Straße gebracht worden seien. Den Rücktritt einer Regierung zu fordern, gehe einfach viel zu weit und entspreche nicht dem eigentlichen Anliegen der Landwirte. Unabhängig davon sei zumindest in der Berichterstattung über die vielen Protestaktionen deutlich geworden, dass die beiden Einsparmaßnahmen der Bundesregierung das Fass lediglich zum Überlaufen gebracht hätten. »Die Ampel-Regierung hat uns nicht allein in diese Situation gebracht. Viele Faktoren von außen setzen uns Landwirte unter Zwänge. Wir reden hier von 20 Jahren verfehlter Agrarpolitik, sowohl in der EU als auch vom Bund«, sagt Schäfer. Daher könne man das der Bundesregierung nicht alleine anlasten. »Es hat sich viel bei uns Landwirten angestaut.



Moritz Schäfer betreibt neben 280 Hektar Ackerbau und Grünland auch das Kornhaus in Renzendorf. Zudem hat er eine Milchkuhhaltung mit etwa 100 Kühen und Nachzucht mit rund 120 Kälbern.

FOTO: CHRISTIAN DICKEL

Jetzt kommt es zum Überkochen. Aber wir müssen die Ursachen klar benennen. Die Proteste so mit Inhalt unterfüttern, damit klar wird, warum das Fass zum Überlaufen gebracht wurde. Aber das Schlimme ist die Verquickung mit anderer Unzufriedenheit, die in der Bevölkerung herrscht. Gerade auch hier vor Ort. Der Protest läuft in die falsche Richtung und das aktuelle aufgeheizte politische Klima wird verstärkt. Die Art und Weise, wie teilweise miteinander geredet wird, ist einfach furchtbar«, so Schäfer. Stattdessen müsse man versuchen, den Zusammenhalt zu fördern. Gemeinsam an Problemlösungen arbeiten und nicht so zu tun, als wäre die aktuelle Regierung an allem Schuld. »Das ist keine konstruktive Kritik. Wenn jemand sagt, die Ampel belastet den Mittelstand zu stark. Da würde ich

als auch bei den anschließenden Protesten.

Denn gerade für Dialog nicht nur innerhalb der Landwirtschaft, sondern gemeinsam mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppierungen stehe die AbL. »Wir von der AbL versuchen, alle Probleme in der Landwirtschaft über den Tellerrand gesamtgesellschaftlich zu betrachten. Der Bauernverband hat einzig und allein die Aufgabe, das Beste für seine Mitglieder herauszuholen, das ist im aktuellen Fall ja auch richtig«, sagt Schäfer. Dennoch blicke er differenziert auf den Bauernverband. Während er den Kreisbauernverbänden vor Ort zum großen Teil eine gute Arbeit für ihre Mitglieder bescheinige, sei der Bundesbauernverband eine reine Lobbygruppe, die eng mit der Lebensmittelindustrie zusammenarbeite und nahezu ausschließlich die Interessen der landwirtschaftlichen Großbetriebe vertrete.

Er wolle einmal die Größenordnung der beiden geplanten Maßnahmen am Beispiel seines Betriebes einordnen, wobei die Kfz-Steuer mittlerweile zurückgenommen worden sei. Für seinen Betrieb hätte das jährlich etwa 10000 Euro bedeutet (durch den Erhalt der Kfz-Steuerbefreiung 8000 Euro). »Aber das kann doch nicht der Grund sein, um zu sagen, die Regierung muss weg. Das war Geld, auf das man sich verlassen konnte, bei den vielen Umsatzenschwankungen, denen wir ausgeliefert sind«, sagt Schäfer. »Für meinen Betrieb machen bereits ein im Jahresdurchschnitt um 2 Cent gesunkener Milchpreis 10000 Euro aus. Auf den Milchpreis habe ich keinen Einfluss.«

Vorhandene Probleme in der Landwirtschaft müssten grundsätzlich angegangen werden. Jahrelang sei nur an Symptomen herumgeschraubt worden. Die Abschaffung des Agrardiesel treffe sogar die Ökobetriebe am stärksten, weil Unkraut mit Bodenbearbeitung bekämpft werde. Da-

**» Wenn Antworten zu einfach werden, ist es gefährlich.**

Biolandwirt Moritz Schäfer

her habe es kürzlich Biolandwirt Walter Lang aus Stockhausen gegenüber dieser Zeitung treffend mit der Aussage auf den Punkt gebracht, dass es bislang keine Alternative zum Diesel gebe. Auch wer beispielsweise die Pendlerpauschale mit dem Agrardiesel vergleiche, merke schnell, dass hier ein großes Ungleichgewicht zuungunsten der Landwirte bestehe. Nicht zuletzt daher hätten die Landwirte mit ihrer Kernforderung recht. »Wir dürfen uns hier nicht auf Kompromisse einlassen. Die Entscheidung der Regierung ist total einseitig zu unseren Ungunsten.«

Das gehe nur, wenn die Ursachen für Missstände klar benannt würden. Das könne nicht funktionieren, wenn Proteste mit der allgemeinen Unzufriedenheit in der Bevölkerung verquickt werden. So werde nur das aktuelle politische Klima verstärkt. Er sei bereit, mit jedem über Inhalte zu diskutieren. »Mein Anliegen ist doch nicht, die Grünen zu verteidigen. Aber es ist doch keine Art, miteinander umzugehen. Wenn Antworten zu

einfach werden, ist es gefährlich.« Dass eine Transformation der Landwirtschaft gebraucht werde, spürten alle.

»Die Frustration kommt aber auch daher, dass seit Jahren gute Ansätze vorliegen, diese aber nicht umgesetzt werden. Für mehr Leistungen für die Gesellschaft brauchen wir aber auch etwas. Daran müssen wir in Zukunft gemeinsam arbeiten.« Die Lasten in einer Gesellschaft müssten gleichmäßig verteilt werden und dafür sei der Staat da. Seine Meinung sei, dass man bei Agrarprodukten gar keinen Weltmarkt anstreben dürfe. »Das hat nur Nachteile – sozial und vor allem ökologisch. Ein Staat sollte sich selbst ernähren können.« Das Stichwort laute Ernährungssouveränität.

Wenn manch ein Landwirt sage, gebe uns bessere Produktionsbedingungen und streicht dafür die Subventionen, sei das aus seiner Sicht der falsche Ansatz. Man brauche einen gesellschaftlichen Konsens, wie Ernährung und Erzeugung von Nahrungsmitteln aussehen sollen. Er sage das ganz bewusst ketzerisch: »Wer täglich bei Discountern das billigste Schweineschnitzel kauft, darf sich über schlechtes Grundwasser nicht wundern. Das ist eine Kausalkette.« Landwirtschaft in Deutschland werde weiterhin nur über Subventionen funktionieren.

Beispielsweise könne der Umbau der Tierhaltung durch die Landwirte nur durch eine hohe Summe an Steuergeldern geleistet werden. Die Alternative sei der Preis an der Ladentheke. Da sei die Variante über die Steuergelder die weitaus sozialere. »Die Gesellschaft muss ganz grundsätzlich festlegen, was ihr eine qualitativ hochwertige Ernährung wert ist. Wir Deutsche sind Export- und Konsumweltmeister, aber bei den Lebensmitteln gibt es nur ein geringes Wertschätzungs.«

Er mache keinen Hehl daraus, dass Ökobetriebe sehr stark auf Subventionen angewiesen seien. Am Beispiel seines Betriebs seien Tierhaltung und Ackerbau enorm vielfältig. Das sei arbeitsintensiv und gehe nur mit vielen Mitarbeitern.

Dafür finde die Verarbeitung vor Ort statt mit regionaler Erzeugung und Verarbeitung. Genauso wie es sich viele Verbraucher wünschten. Das gehe aber nur mit der Staatsknete. Es gibt sehr wenige Betriebsarten die derzeit ohne Subventionen auskommen könnten, und das sind solche, die eher gesellschaftlich nicht unbedingt gewünscht sind. Nämlich sehr intensive tierhaltende Betriebe mit wenig Fläche oder hochspezialisierte sehr große Ackerbaubetriebe mit sehr hohem Rationalisierungsgrad.

## 3 Dinge, die ich im Vogelsbergkreis heute wissen muss:

### 1 Wohnungsnot

Einmal mehr ging es im Kreis um bezahlbaren Wohnraum. Der Vorschlag der Linken/Klimaliste fand aber keine Zustimmung. 16

### 2 Kritik an Grünen

CDU-Kreisverband kritisiert mangelnde Wertschätzung für Landwirte und Mittelständler. 16

### 3 Großer Empfang

Evangelisches Dekanat Vogelsberg startet mit Musik, Impulsen und Austausch ins neue Jahr. 17

## IHR DRAHT ZUR REDAKTION

Christian Dickel (cdc) 06631/9669-10  
 Maximilian Gerten (mge) 06631/9669-12  
 Christine Heil (cl) 06631/9669-17  
 Luisa Stock (lus) 06631/9669-18  
 Volker Lehr (lh) 06631-9669-15  
 redaktion@oberhessische-zeitung.de  
 sport@oberhessische-zeitung.de

## HINTERGRUND

### Der Demeter-Hof in Hopfgarten und die AbL

Moritz Schäfer betreibt einen Demeterhof in Hopfgarten mit rund 280 Hektar Ackerbau und Grünland und 220 Tieren. Er hat drei Angestellte in Vollzeit und vier weitere Teilzeitkräfte. Hinzu kommen ein Vollzeitmitarbeiter im Kornhaus und zwei Minijobber. Somit beschäftigt er zehn Menschen in der lokalen Wertschöpfung. Man müsse den Bauernhof und das Kornhaus als ei-

genständiger Betrieb aber getrennt betrachten. Spezialisiert hat sich Schäfer im Ackerbau besonders auf Sonderkulturen wie Linsen, Kichererbsen, Leinsamen, Nackthafer. Er baut fast 20 verschiedene Kulturen an und betreibt Saatgutvermehrung, Tierhaltung, Ackerbau und Ökobetrieb beschreibt er als enorm vielfältig aber auch arbeitsintensiv. Daher benötige er mehr Mit-

arbeiter als konventionelle Betriebe in vergleichbarer Größe. Sein Fokus liegt auf regionale Erzeugung, Verarbeitung und Vertrieb. Seine Produkte bietet er zwar auch im eigenen Hofladen an, vertreibt seine Produkte aber von Kassel bis Darmstadt. Darüber hinaus engagiert sich Schäfer in der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). In der AbL haben sich kon-

ventionell und ökologisch wirtschaftende Bauernhöfe zusammengeschlossen, die gemeinsam für eine zukunftsfähige sozial- und umweltverträgliche Landwirtschaft sowie für entsprechende politische Rahmenbedingungen eintreten. Das zentrale Anliegen der AbL sei, die soziale Frage in der Landwirtschaft in das Bewusstsein zu rücken. Damit soll vermieden werden, dass

einseitig ökonomisch oder ökologisch begründete Sichtweisen die handelnden Menschen ausblenden und damit die sozialen Auswirkungen unberücksichtigt bleiben. Die Gesellschaft wie auch die Landwirte wollten Tiererschutz, Klimaschutz, den Erhalt der Artenvielfalt. Das bedeute höhere Kosten und deshalb fordert die AbL wirtschaftliche Perspektiven für die Höfe. (cdc)